

Die Rolle der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland

Abschlußtagung, veranstaltet vom Wissenschaftlichen Beirat für das Forschungsprojekt der evangelischen Kirche in Deutschland und der evangelischen Akademie zu Berlin vom 22. bis 24. November 2001

Auf dieser Tagung in der Französischen Friedrichstadtkirche in Berlin-Mitte wurden einem Fachpublikum die Ergebnisse des fünfjährigen Forschungsprojektes der EKD präsentiert. **Prof. Dr. Harald Schultze**, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates, betonte in seiner Einführung, Ziel des Projektes sei es gewesen, die Geschichte des Protestantismus in beiden deutschen Staaten zu beleuchten. Den Kontakten im Kirchenbereich sei im geteilten Deutschland eine besondere Bedeutung zugekommen, da sie breit und staatlich nicht gesteuert waren.

Prof. Dr. Wolfgang Benz (Berlin) gab in seinem einführenden Vortrag einen Überblick über die „*Deutsche Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konfliktes*“. Dabei ging er insbesondere auf die Konfrontation der beiden Staaten im Kalten Krieg, ihren Umgang mit der NS-Vergangenheit sowie die „Vereinigungskrise“ nach 1989 ein. Während des Kalten Krieges war der Bonner Alleinvertretungsanspruch die schärfste Waffe gewesen, wohingegen die DDR ihren Antifaschismus als moralisches Prinzip ins Feld führte. Solche Legitimationsstränge zogen sich bis in die Gegenwart. Gegenwärtig sei das wechselseitige Bild von Ost- und Westdeutschen noch sehr stark von Vorurteilen geprägt. Fehlinformationen und Propaganda erzeugten Klischees mit Langzeitwirkung.

An Benz' Vortrag schloß sich die Vorstellung der fünf Forschungsarbeiten des Projektes an.

„*Tabu der Einheit? Ost-West-Gemeinschaft der evangelischen Christen und deutsche Frage*“. Unter diesem Titel untersuchte **Dr. Claudia Lepp (München)** Vorstellungen und Praxis kirchlicher und nationaler Einheit im deutschen Protestantismus vom Kriegsende 1945 bis zur Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1969. Auf der Tagung stellte die Historikerin zwei Ausschnitte ihrer Arbeit etwas genauer vor. Zunächst beschrieb sie die protestantische Begegnungskultur im Jugend- und Studentenbereich in der zweiten Hälfte der 50er Jahre und den sich in ihr abzeichnenden Entfremdungsprozeß. Hatte man in den Jahren zuvor befürchtet, von den Bundesdeutschen „abgeschrieben“ zu sein, so kam es in dieser Phase unter den Christen in der DDR zu Abwendungstendenzen gegenüber Westdeutschland. Der kirchliche Westen war nicht mehr selbstverständlich die Norm, an der sich der kirchliche Osten maß. Ein zweites Schlaglicht warf Lepp auf die Deutschlandpolitik der 60er Jahre und den sich darin spiegelnden Wertewandel. In der Zeit nach dem Mauerbau wurden Frieden und Versöhnung zu den dominierenden Leitideen deutschland- und ostpolitischer Initiativen im protestantischen Bereich. Die Werte „Volk“, „Nation“ und „Vaterland“ traten hinter ihnen zurück und erfuhren im ost- und westdeutschen Protestantismus eine je kontextgebundene Pazifizierung und Demokratisierung. In den ostdeutschen Kirchen lag der Schwerpunkt auf einer Befriedung des Nationalbewußtseins. So erfolgte die „Entzauberung“ des Vaterlandbegriffs vornehmlich in Stellungnahmen zu Friedens- und Wehrdienstfragen, wie etwa in der Handreichung „Zum Friedensdienst der Kirche“ von 1965. In der Bundesrepublik wurden die Ostdenkschrift und die Debatte um Schuld und Versöhnung zu Katalysatoren der im westdeutschen Mehrheitsprotestantismus vollzogenen Neubestimmung des Nationalen. Diese war 1945 eingeleitet worden und erfuhr Ende der 60er Jahre eine deutliche Beschleunigung: Volk, Nation und Vaterland wurden in der Vorstellungswelt der westdeutschen Protestanten insgesamt säkularer und sekundärer. Die Nation wurde hinsichtlich ihrer Binnenordnung demokratischer und pluraler sowie im Hinblick auf ihre Außenbeziehungen pazifistischer gedacht. Zunehmende Deutungskraft erhielt auch die Vorstellung von einer historisch-moralischen Identität der Deutschen als „Haftungsgemeinschaft“. Deutschlandpolitisch relevant wurde das neue Nationsverständnis in der Studie „Die Friedensaufgaben der Deutschen“ von 1968. In ihr wurde der Friede zum höchsten Grundwert der deutschen Nation erklärt und die

Friedensförderung zu ihrer zentralen Aufgabe. Das Fernziel dieser so definierten Nation sollte keine nationalstaatliche „Wiedervereinigung“ mehr sein, sondern die Neukonstituierung einer ihrer historischen Verantwortung bewußten „politischen Gemeinschaft“ der Deutschen.

In der sich anschließenden Diskussion wurden nochmals Fragen zur Tabuisierung der Einheit, den Umschichtungen im Nationsbegriff, aber auch zu den herangezogenen Quellen gestellt. Zur Rolle von Zeitzeugen für ihre Untersuchung gab die Referentin zu bedenken, daß Erfahrungen und Wahrnehmungen, die mehr als 40 Jahre zurückliegen mit Vorsicht zu bewerten seien. Zudem lägen in ausreichendem Maße zeitgenössische Berichte über die Ost-West-Begegnungen im Jugend- und Studentenbereich vor.

Über „*Theorie und Praxis der ‚besonderen Gemeinschaft‘. Der Ost-West-Dialog zwischen BEK und EKD in den Jahren 1967 bis 1989*“ referierte **Dr. Anke Silomon (Berlin)**. Trotz der Gründung des Kirchenbundes der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR 1969 wollte man die Beziehungen zwischen den Kirchen in beiden deutschen Staaten nicht preisgeben. Aus diesem Grunde wurde im gleichen Jahr die sog. Beratergruppe eingerichtet, die der praktischen Wahrnehmung gemeinsamer kirchlicher Aufgaben auf der gesamtkirchlichen Ebene dienen sollte. Die Beratergruppe kam über ihren ursprünglichen Status eines Forums für den wechselseitigen Austausch von Situationsberichten nicht hinaus. Eine stärker koordinierende Funktion, die sie im Rahmen der Bildung einer Vereinigten Evangelischen Kirche (VEK) hätte übernehmen sollen, kam wegen deren Scheitern nicht zustande. 1980 wurde zudem die Konsultationsgruppe installiert, die ergebnisorientierte gemeinsame Arbeit leistete; sie sollte vor allem klären, welche Rolle der Kirche in der Friedensfrage zukomme. Wie Silomon an Beispielen zeigte, war es für die Berater- und die Konsultationsgruppe immer schwierig, sich gemeinsam zu äußern. So führte die Stellungnahme von Landesbischof Johannes Hempel gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen 1983 zu Kontroversen in der Konsultationsgruppe und zu dem Vorwurf, die Kirche in der DDR sei gleichgeschaltet und mißachte die Bedrohung durch russische Raketen. Silomon meinte bilanzierend, daß die evangelischen Kirchen zwar an ihrer Gemeinschaft festgehalten, sich aber dennoch „aus den Augen verloren“ hätten.

In der Diskussion wurde vor allem die Frage nach dem „Modellcharakter“ der Berater- und der Konsultationsgruppe für die Praxis der „besonderen Gemeinschaft“ erörtert. Im Hinblick auf Silomons Befund, daß die Konsultationsgruppe kein Konzept dafür gehabt habe, wurde darauf hingewiesen, daß es auch nicht Aufgabe der Gruppe gewesen sei, sich darüber Gedanken zu machen. Betont wurde auch, daß bei der Tätigkeit der Berater- und der Konsultationsgruppe der zeitgeschichtliche Hintergrund und die Einbindung der Kirchen in ihren jeweiligen politischen Kontext berücksichtigt werden müssen.

Mit der Vorbereitung und Planung zu einer „*Vereinigten Evangelischen Kirche in der DDR*“ seit 1979 beschäftigte sich **Dr. Peter Beier (Berlin)** in seinem Referat „*Über ‚Kirchwerdung‘ im Zeichen der deutschen Teilung. Die Verfassungsreformen von EKD und BEK als Anfrage an ihre ‚besondere Gemeinschaft‘*“. Da die Bildung einer Vereinigten Evangelischen Kirche (VEK) in der DDR die Auflösung des Bundes der evangelischen Kirchen (BEK), der Evangelischen Kirche der Union (EKU) und der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche (VELK) zugunsten des neuen Zusammenschlusses vorgesehen hätte, erhob sich die Frage, ob und wie deren vielfältige Ost-West-Aktivitäten im Bereich der „besonderen Gemeinschaft“ auch künftig ohne Substanzverlust fortgeführt werden könnten. Diese Frage wurde vor allem von der EKU problematisiert, die nicht nur enge Kontakte zwischen ihrem Ost- und Westbereich pflegte, sondern zu einer solchen Gemeinschaft nach ihrer Ordnung auch verpflichtet war. Die Versuche, diese Spannung aufzulösen lassen sich drei Modellen zuordnen. Dem ersten Modell lag ein „Übertragungsmodell“ zugrunde, das vorsah die Aufgaben im Bereich der „besonderen Gemeinschaft“ auf die angestrebte VEK zu übertragen und von dieser als Gemeinschaftsaufgaben wahrnehmen zu lassen. Während die EKU von einem direkten Sachzusammenhang von Verkündigung und Ordnung ausging (Barmen III), was in ihrem Verständnis eine Minderung geordneter Gemeinschaft bedeuten und damit die Glaubwürdigkeit der Verkündigung selbst unmittelbar in Frage stellen konnte, vertrat die VELK ein lediglich aufgabenorientiertes Verständnis von „besonderer Gemeinschaft“, wonach sich Umfang und Inhalt ihrer Wahrnehmung an den im Interesse der

Evangeliumsverkündigung gemeinsam zu erledigenden Aufgaben orientierten. Aufgrund der Einsicht in die Problematik dieses Modells wurde dieses nicht mehr weiter verfolgt, sondern durch ein Integrationsmodell ersetzt. Nach diesem Modell blieb die Wahrnehmung der „besonderen Gemeinschaft“ bei den bisherigen Trägern, während die Gesamtkirche, zunächst der Kirchenbund, später die geplante VEK selbst vor allem eine Koordinierungsfunktion übernehmen sollte. Das dritte Modell – als Fortführungsmodell bezeichnet – ging auf Überlegungen innerhalb der EKU zurück und sah vor, daß die EKU die Aufgaben und Aktivitäten ihrer „besonderen Gemeinschaft“ uneingeschränkt selbst weiterführe; damit verbunden war die Vorstellung von einem ekklesialen, rechtlichen und institutionellen Weiterbestehen der EKU (Bereich DDR). Im November 1981 gab es in der Synode der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg keine Mehrheit für die Beschlußvorlagen. Damit war die Bildung einer VEK in der DDR durch das ungelöste Problem der „besonderen Gemeinschaft“ gestoppt worden; die Versuche scheiterten zwei Jahre später nach vergeblicher Problembewältigung 1983 an den sehr unterschiedlichen Positionen endgültig.

In der Diskussion zeigte sich, daß die Initiativen für eine VEK in den Gemeinden der DDR eigentlich dem Bewußtsein hinterher liefen, denn dort dachte man, man befände sich bereits in einer gemeinsamen Kirche.

Unter dem Thema „*Erfüllte Hoffnungen und zerbrochene Träume*“ untersuchte **Dr. Katharina Kunter (Berlin)** „*gesellschaftspolitisches Engagement von Christen und Kirchen in Deutschland 1980–1993*“. Sie stellte die Frage, ob Partnerschaft und Austausch über die innerdeutsche Grenze hinweg überhaupt möglich gewesen sei am Beispiel eines deutsch-deutschen Kreises, dem u. a. die Theologieprofessoren Ulrich Duchrow und Konrad Raiser, Gerhard Liedke (FEST), Propst Heino Falcke, Pfarrer Friedrich Schorlemmer und Präses Reinhard Höppner angehörten. Dieser Kreis war getragen von dem Grundgedanken, daß sich Glaube und Politik aufeinander bezögen, von der Vision eines demokratischen Sozialismus und der Einsicht in die Notwendigkeit von Initiativen gegen Massenvernichtungsmittel. 1990 übten sie mit der „Berliner Erklärung von Christen aus beiden deutschen Staaten“ Kritik an der „Loccummer Erklärung“ und den kirchlichen Wiedervereinigungsplänen. 1997 forderten sie gemeinsam mit anderen in der „Erfurter Erklärung“ die Verwirklichung der sozialen Menschenrechte und einen gesellschaftlichen Aufbruch. Auf der Ebene der Gemeinden untersuchte die Referentin die Samariter-Gemeinde (Pfarrer Rainer Eppelmann) im Osten und die Spandauer Gemeinde im Westen Berlins. Es gab ein Netz von Binnenpartnerschaften, in dem Predigten, Fürbitten u. ä. vorbereitet wurde. Diese Kontakte konnten nur mühsam in die 90er Jahre gerettet werden (Eppelmann wurde Verteidigungsminister und wechselte zum „Demokratischen Aufbruch“). Das vor allem von Protestanten geprägte Engagement im konziliaren Prozeß läßt sich als Ausdruck des Unbehagens am konkret erlebten politisch-gesellschaftlichen Zustand in beiden deutschen Staaten deuten. Festzustellen aber ist, daß diejenigen Gruppen, die sich im konziliaren Prozeß engagierten, eine Minderheit waren. Insgesamt hat der konziliare Prozeß unterschiedliche Schwerpunkte und innerhalb der Bundesrepublik und der DDR eine voneinander unabhängige Entwicklung genommen.

In der Diskussion wurde geltend gemacht, daß es sich bei den geschilderten Gruppen um Minderheiten innerhalb des Protestantismus gehandelt habe. Kunter hielt dennoch die von der Mehrheit abweichenden Positionen für untersuchenswert.

Als Beispiel für die „*Evangelische Presse in der SBZ/DDR*“ stellte **Jens Bulisch (Leipzig)** die Zeitschrift „*Die Zeichen der Zeit*“ (1947–1990) vor. Er verwies darauf, daß die Zeitschrift, die seit 1947 für kirchliche Mitarbeiter erschien, unfreiwillig singulär in der kargen kirchlichen Presselandschaft der DDR stand. Sie entfaltete ihre Wirksamkeit im Grenzbereich von wissenschaftlicher Theologie und Kirchenpolitik sowie zwischen Kultur und Kirche. Eine Beschäftigung mit ihrer Geschichte bringt Aufschluß über Einengungen evangelischer Pressearbeit, aber auch über Handlungsspielräume der evangelischen Kirche. Bulisch ging in seinen Ausführungen näher auf die Zusammensetzung der Autorenschaft für die in der Zeitschrift abgedruckten „Predigtmeditationen“ ein. Bei den Lutheranern führte es zu Verstimmungen, daß beispielsweise 1953 über 60% der abgelehnten Beiträge von Autoren aus lutherischen Landeskirchen stammten und die Predigtmeditationen sich nur nach den Perikopenreihen der unierten Kirchen richteten. Trotz Einspruchs von Seiten der sächsischen Landeskirche änderte sich an der Zusammensetzung der Beiträger in den folgenden Jahren nichts. Während früher die

Zeitschrift hauptsächlich westdeutsche Beiträge enthielt, war seit Mitte der 50er Jahre ein stetiges Zurückdrängen der Westberliner Redaktionsmitarbeiter zu beobachten. Bilanzierend erklärte Bulisch, der Redaktion sei es in den 50er Jahren nicht gelungen, die „Vielfalt ihrer Leser“ und die „Vielfalt der Autoren“ zu berücksichtigen und zu sichern.

In der sich anschließenden Diskussion wurde kritisiert, daß Bulisch nicht den Gründen für die Zurückweisung von Artikeln sowie für das von ihm monierte Fehlen eines „Gespräch mit der Welt“ nachgegangen sei. Eine anwesende langjährige Redakteurin der Zeitschrift verwies darauf, daß in Bulischs Arbeit die staatlichen Zensurmaßnahmen stärker berücksichtigt werden müßten.

Am Ende der Tagung stand je ein bilanzierender und ein prospektiver Vortrag. **Prof. Dr. Martin Greschat (Münster)** beurteilte das Ergebnis des Forschungsprojektes dahingehend, daß der von Gerhard Besier erhobene Vorwurf, führende Vertreter der evangelischen Kirche hätten mit der Stasi kooperiert, durch die differenzierte Erhellung historischer Vorgänge, die die vorgestellten Arbeiten geleistet haben, zurückgewiesen und wissenschaftlich widerlegt worden sei, wenngleich dieses Thema nicht im Vordergrund gestanden hatte. Sämtliche Studien hätten die „Realität der äußeren Faktoren“ herausgearbeitet. Greschat vertrat die Auffassung, die Kirche habe sich – in Ost wie West – zwar den ideologischen, sozialen und politischen Realitäten angepaßt, sich aber nicht damit identifiziert. Eine wesentliche Frage sei es, welches Gewicht theologischen Einsichten bei dem politischen Handeln von Kirchenvertretern in der DDR zugekommen sei. Greschat konstatierte vier Strukturmerkmale der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland: Eigenständigkeit der Kirche, Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung, Notwendigkeit der Anpassung an die bestehenden kulturellen, sozialen und politischen Verhältnisse, keine Orientierungsmöglichkeit an zeitlos gültigen Maßstäben für diese „Gratwanderung“. Als Defizit formulierte der Kirchenhistoriker, daß in dem Forschungsprojekt insgesamt die Beschreibung der Rolle, welche die evangelische Kirche im Blick auf die politisch-gesellschaftlichen Vorgänge und darüber hinaus gespielt hat, etwas zu kurz gekommen sei. Auch die Einordnung der evangelischen Kirche in beiden deutschen Staaten und insbesondere in der DDR in einen größeren historischen Kontext ermögliche mehr Klarheit und Nüchternheit des Urteils. Zudem müsse, wer sich mit der Kirche in der DDR beschäftige auch die Vorgänge im westdeutschen Protestantismus in den Blick nehmen.

In der Diskussion wurde Widerspruch eingelegt gegen die von Greschat vertretene Meinung, in der DDR habe sich keine eigenständige wissenschaftliche Theologie herausgebildet. Es wurde darauf hingewiesen, daß in den Kommissionen, vor allem in denjenigen der EKU eine eigenständige Theologie betrieben worden sei. Schließlich wurde gefragt, ob das von Greschat benutzte Stichwort der „Anpassung“ hilfreich sei, um den Weg der Kirche in der DDR zu beschreiben. Ebenso hinterfragt wurde die Annahme, daß in der DDR kirchliches Handeln gegenüber dem Staat nachträglich theologisch gerechtfertigt worden sei.

In seinem Bericht über „*Forschungsaufgaben im Bereich der kirchlichen Zeitgeschichte nach 1945*“ betonte **Prof. Dr. Jochen-Christoph Kaiser (Marburg)**, daß er keinen Katalog möglicher Forschungsaufgaben aufstellen werde. Vielmehr wolle er Erwägungen zur kirchlichen Zeitgeschichte, zur öffentlichen Erwartungshaltung sowie zu methodischen und inhaltlichen Desideraten formulieren. Der Referent bedauerte, daß die Kirchengeschichte in der universitären Praxis häufig als eine ungeliebte Notwendigkeit und bloße Orientierungswissenschaft aufgefaßt werde. Im öffentlichen Meinungsstreit gerate eine kirchliche Zeitgeschichte mit wissenschaftlichem Anspruch unter Druck. Denn es bestehe oftmals eine Diskrepanz zwischen gesellschaftlichem Geschichtsbedarf, persönlicher Erinnerung und wissenschaftlicher Deutung. So habe z. B. die Geschichtsschreibung des Kirchenkampfes verschiedene Phasen erlebt, die von der Geschichtsschreibung der Zeitzeugen zur allmählichen Verwissenschaftlichung mit methodischer und inhaltlicher Differenzierung führte. Zum Konnex von Politik und Zeitgeschichtsforschung nach 1945 führte Kaiser aus, daß sowohl das „Institut für Zeitgeschichte“ als auch die „Kommission zu Erforschung des Kirchenkampfes“ nicht aus wissenschaftlich definierten Erwägungen gegründet wurden. Mit der Einrichtung der „Kirchenkampfkommision“ sollte die Implementierung eines ganz bestimmten Geschichtsbildes vorgenommen werden. Gesellschaftspolitische Außenimpulse förderten zumeist das Aufgreifen von Forschungsaufgaben. So wurden die Untersuchungen über „Zwangsarbeiter in Kirche und Diakonie“ erst auf Mahnung der Medien in Gang gesetzt. Im

Hinblick auf künftige Perspektiven der kirchlichen Zeitgeschichte wies Kaiser darauf hin, daß die Sozialgeschichte noch nicht genügend zur Kenntnis genommen worden sei. Dies gelte ebenso für die Kulturgeschichte und die Frauengeschichte im Sinne historischer Frauenforschung. Auch die Bereitschaft zur Interdisziplinarität müsse gefördert werden und Historiker sollten die Theologiegeschichte in den Blick nehmen.

Begleitet wurde die wissenschaftliche Tagung von zwei öffentlichen Veranstaltungen. **Prof. Dr. Dr. Richard Schröder (Berlin)** plädierte in seinen Bemerkungen über „*Irritationen im geeinten Deutschland. Das schwierige Erbe der Teilung und die Kirchen*“ dafür, immer noch herrschenden Legenden Einhalt zu gebieten.

Auf einer Podiumsdiskussion diskutierten unter der Moderation von Jürgen Engert: **Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber, Studienleiterin Ulrike Poppe, Präses Dr. Jürgen Schmude, Oberkirchenrat i. R. Martin Ziegler, Dr. Wolfgang Schäuble und Prof. Dr. Lothar Bisky** über „*Die politische Rolle der evangelischen Kirchen im geteilten Deutschland*“. Dabei war man sich auf dem Podium einig über die quantitative und qualitative Bedeutung der Kontakte der Kirchen im geteilten Deutschland. Auch sonst herrschte unter den Diskutanten viel Einmütigkeit. Dieser Umstand deutet darauf hin, daß die Phase der öffentlichen Auseinandersetzung über die Rolle der Kirche in den beiden deutschen Staaten vorüber zu sein scheint. Die wissenschaftliche Aufarbeitung dieses Abschnittes der Kirchlichen Zeitgeschichte ist indes noch lange nicht abgeschlossen.

Gertraud Grünzinger M. A.

Kontaktadresse:

Dr. Claudia Lepp, Schellingstr. 3/VG, 80799 München
Tel.: 089/2180-5340, E-Mail: ccl@evtheol.uni-muenchen.de

Die Arbeiten von Peter Beier, Jens Bulisch, Katharina Kunter, Claudia Lepp und Anke Silomon erscheinen im Jahr 2002.

Erste Ergebnisse des Forschungsprojektes finden sich in dem Sammelband:
„C. Lepp/K. Nowak (Hg.): Evangelische Kirche im geteilten Deutschland (1945–1989/90).
Göttingen 2000.

© Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2002
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der AHF.
Heruntergeladen von www.ahf-muenchen.de.